

Relative Ruhe in Rheinland-Pfalz

NPD-Aktivität hat spürbar nachgelassen

VON UNSEREM REDAKTEUR
ERHARD STERN

► Seit die NPD im August mit ihren Plänen scheiterte, die „Alte gräflich Leiningen Mühle“ in Kirchheim bei Grünstadt zu kaufen, hat die Aktivität dieser Partei in Rheinland-Pfalz spürbar nachgelassen. Landesinnenminister Karl Peter Bruch (SPD) will aber weiter offensiv gegen die Rechtsextremisten vorgehen.

Bruch hatte im Sommer ausgesprochen, was Verfassungsschützer seit einiger Zeit aufgefallen war. Wie in Kirchheim trat die NPD immer häufiger als Kaufinteressent heruntergekommener Immobilien auf. Die Sicherheitsbehörden sollten mit ihrer Vermutung Recht tatsächlich behalten, dass es sich hier nur um ein Täuschungsmanöver handelte, um die Gemeinde zu drängen, ihr Vorkaufsrecht zu einem überhöhten Preis auszuüben – zum Nutzen von Rechtsextremisten und Verkäufer, die sich den Mehrerlös wohl geteilt hätten.

„Seit wir diese Strategie öffentlich gemacht haben, ist in Rheinland-Pfalz relative Ruhe“, sagt Bruch. Nach Erkenntnissen seines Ministeriums besteht in Kirchheim jedoch ein Mietvertrag zwischen Eigentümer und NPD fort: „Wir prüfen derzeit, ob dieser mit Leben erfüllt wird.“

Mit einer Mischung aus Information, Prävention und Restriktion scheint die Landesregierung durchaus erfolgreich zu sein. Im Gegensatz zum Bundestrend, wo sich in diesem Jahr eine deutliche Zunahme rechtsextremistischer Straftaten ab-

zeichnet, gibt es in Rheinland-Pfalz einen gegenläufigen Trend. Eine Entwicklung, die Bruch auf das konsequente Vorgehen der rheinland-pfälzischen Polizei zurückführt. So sank die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Delikte in den ersten neun-einhalb Monaten dieses Jahres leicht von 402 auf 396 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum – davon etwa drei Viertel Propagandadelikte. Allerdings wurden auch einige Körperverletzungen mehr angezeigt: 15 statt zwölf. Eine immer stärkere Gewaltbereitschaft der rechten Szene wird auch bundesweit registriert.

Die relative Schwäche der NPD im Land – und teils auch im Bund – mag aber auch daran liegen, dass die Finanzen der rheinland-pfälzischen Nationaldemokraten offenbar desolat sind. Und sie werden sich in absehbarer Zeit kaum bessern. Schließlich fordert die Bundestagsverwaltung 870.000 Euro von der Bundes-NPD aufgrund fehlender Rechenschaftsberichte zurück. Zudem hat die Innenministerkonferenz von Bund und Ländern vergangene Woche eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich mit der Finanzierung rechtsextremer Parteien beschäftigen soll. Nicht zuletzt, weil NPD, DVU und Republikaner auch mit Steuergeld subventioniert werden, sollen deren Finanzflüsse genauer unter die Lupe genommen werden. „Wir wissen bereits von vielen Unregelmäßigkeiten und überlegen derzeit, wie wir mit diesem Wissen umgehen sollen“, sagt Bruch. Im Klartext: Schon jetzt sind Verstöße der Rechtsextremisten gegen die staatliche Parteienfinanzierung offenbar.